

REISEBEOBACHTUNG UND GESELLSCHAFTLICHE EINORDNUNG

Freiheit unter Bedrohung

Israel zwischen gelebter Vielfalt, Sicherheitsrealität und dem Kampf um sein Existenzrecht

Persönlicher Fachaufsatz auf Grundlage einer Delegationsreise nach Jerusalem, Be'er Sheva und Tel Aviv, 9.-14. Juni 2026

Kernaussage: Israel ist weder auf seine Regierung noch auf den Nahostkonflikt zu reduzieren. Die Reise zeigte eine offene, streitbare und vielfältige Gesellschaft, die Freiheit im Alltag lebt, während die Erfahrung realer Bedrohung allgegenwärtig bleibt.

Zusammenfassung

Der Aufsatz verbindet Beobachtungen einer sechstägigen LGBTQ+-Delegationsreise mit einer Einordnung der israelischen Gesellschaft und des Antisemitismus in Deutschland. Im Mittelpunkt steht ein scheinbarer Widerspruch: In Israel sind Lebensfreude, gesellschaftliche Offenheit und sichtbare Vielfalt gerade dort besonders ausgeprägt, wo Sicherheitsvorkehrungen und die Erinnerung an Gewalt zum Alltag gehören. Besuche in Jerusalem, Be'er Sheva und Tel Aviv zeigten, dass der Staat und seine Gesellschaft nicht allein als Akteure eines Konflikts verstanden werden können. Israel ist zugleich Schutzraum jüdischer Selbstbestimmung, pluralistische Demokratie, Einwanderungsgesellschaft und Schauplatz heftiger innerer Auseinandersetzungen. Ein positives Bild ist deshalb nicht unkritisch. Es wird dann glaubwürdig, wenn es das Leid palästinensischer Zivilisten und die legitime Kritik an konkreten politischen oder militärischen Entscheidungen nicht verschweigt, zugleich aber Israels Existenzrecht und die reale Bedrohung seiner Bevölkerung unmissverständlich anerkennt.

1. Israel jenseits der Schlagzeilen

Die Delegationsreise begann in Jerusalem und führte über Be'er Sheva nach Tel Aviv. Ihr Ziel war nicht touristische Vollständigkeit, sondern Begegnung: mit Aktivistinnen und Aktivisten, Journalisten, Community-Organisationen, medizinischen Einrichtungen und Menschen, deren Biografien mehrere kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Identitäten verbinden. Gerade diese Gespräche korrigierten ein Bild, das in Deutschland häufig von militärischen Karten, Opferzahlen und diplomatischen

Stellungnahmen bestimmt wird. Israel erschien nicht als abstrakter Konfliktraum, sondern als konkrete Gesellschaft mit Cafés, Bildungsarbeit, Humor, Streit, Trauer und Zukunftsplänen. Auch Abendessen, Stadtpaziergänge und gemeinsame Besuche von Lokalen waren deshalb kein bloßes Freizeitprogramm. In informellen Situationen wurde ein Alltag sichtbar, der sich in offiziellen Gesprächen allein kaum erschließt.

Auch die Zusammensetzung der Delegation trug zu dieser Perspektivenvielfalt bei. Sie verband Hochschule, queere Zivilgesellschaft, Städtepartnerschaftsarbeit, Beratung und Psychotherapie, Stiftungsarbeit sowie Medien. Vertreten waren unter anderem Bezüge zur Hochschule Albstadt-Sigmaringen, zur Städtepartnerschaft München - Be'er Sheva, zu Keshet Germany, queeren Landes- und Bundesstrukturen, CSD-Arbeit, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld sowie journalistischer Berichterstattung. Dadurch entstanden Gespräche nicht nur zwischen Deutschland und Israel, sondern auch zwischen sehr unterschiedlichen professionellen und biografischen Erfahrungsräumen innerhalb der Delegation selbst.

In Jerusalem lagen religiöse Geschichte und moderne Zivilgesellschaft eng beieinander. Das Open House Jerusalem zeigte, wie ein geschützter Ort Beratung, Kultur, Bildung und alltägliche Begegnung verbinden kann. Die Altstadt und Yad Vashem erinnerten gleichzeitig daran, dass jüdische Gegenwart ohne die lange Geschichte von Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung nicht verstanden werden kann. Diese historische Erfahrung erklärt nicht jede Entscheidung israelischer Politik. Sie erklärt aber, warum staatliche Souveränität und die Fähigkeit zur Selbstverteidigung für viele Israelis keine abstrakten Begriffe sind.

Auch das Museum of Tolerance Jerusalem fiel in diesem Stadtraum auf, obwohl es nicht Teil des Besuchsprogramms war und ich es nicht von innen gesehen habe. Schon der äußere Eindruck des Gebäudes und sein programmatischer Anspruch passten jedoch zu einer Grundfrage der Reise: Wie können Toleranz, Menschenwürde und Dialog in einer Stadt gedacht werden, in der Geschichte, Religion, Erinnerung und politische Gegenwart so dicht beieinanderliegen? Das Museum beschreibt sich selbst als Ort, der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zusammenbringen und Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Stereotypen, Hass sowie verbaler und physischer Gewalt entgegenwirken will. Gerade als nicht besuchter, aber sichtbarer Ort blieb es damit ein Hinweis darauf, dass Toleranz nicht abstrakt bleibt, sondern institutionelle Räume, öffentliche Architektur und konkrete Bildungsarbeit braucht.



Jerusalem am Abend des 9. Juni 2026: historischer Stadtraum, Alltag und sichtbare Farbigkeit. Foto: privat.



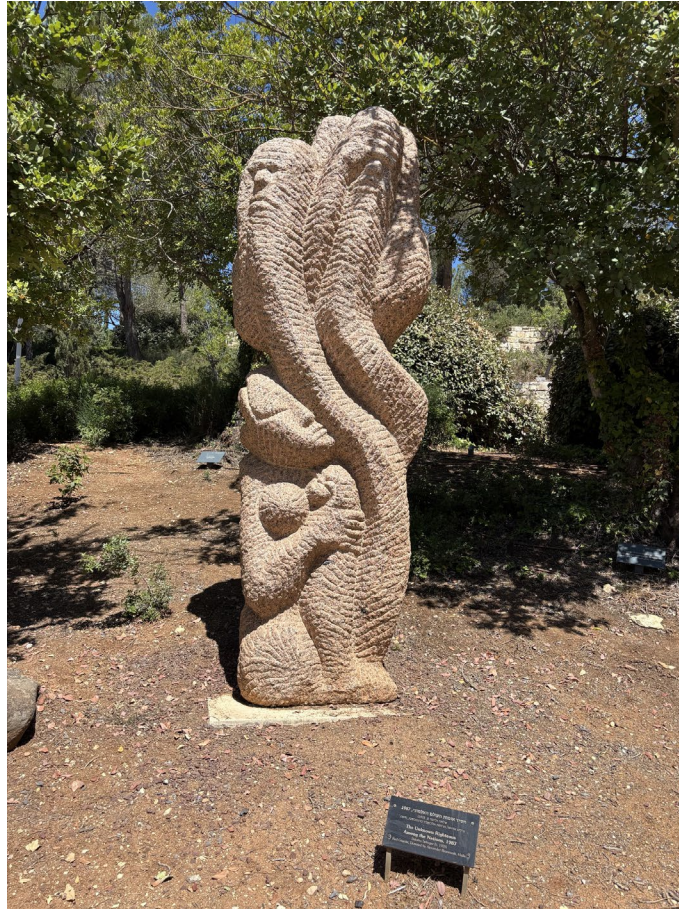
Begegnung und gemeinsames Abendessen mit Mitgliedern des Jerusalem Open House am 9. Juni 2026. Foto: privat.



*Die Delegationsgruppe während der Pub-Crawl-Tour in Jerusalem am 9. Juni 2026: informeller Austausch als Teil der Begegnungsreise.
Foto: privat.*



*Halle der Namen in Yad Vashem: Fotografien und Zeugnisse geben den Ermordeten ihre individuelle Identität zurück. Besuch am 10. Juni
2026. Foto: privat.*



Skulptur für die unbekannten Gerechten unter den Völkern in Yad Vashem: Erinnerung auch an jene, die Verfolgten halfen und deren Namen unbekannt blieben. Foto: privat.



Die Ädikula über dem Heiligen Grab in der Jerusalemer Grabeskirche. Besuch der Altstadt am 10. Juni 2026. Foto: privat.



Die Klagemauer in Jerusalem: religiöser Ort, historisches Zeugnis und Teil des gegenwärtigen Stadtlebens. Foto: privat.

Be'er Sheva erweiterte den Blick über die bekannten Metropolen hinaus. Im lokalen LGBTQ+-Zentrum und bei einer Führung zur Geschichte der örtlichen Community wurde sichtbar, dass gesellschaftlicher Wandel nicht nur in Tel Aviv stattfindet. Beratung für Jugendliche und Familien, Bildungsangebote und niedrigschwellige Treffpunkte schaffen Teilhabe auch in einer regionalen Stadt. Zugleich erhielt Be'er Sheva für die deutsche Delegation eine besondere Bedeutung, weil die Stadt Partnerstadt Münchens ist. Die Begegnung mit dem lokalen Zentrum, mit SELAH und mit Shanie Ora-Dotan machte deutlich, dass Städtepartnerschaften nicht nur auf Verwaltungsebene wirken, sondern auch zivilgesellschaftliche Netzwerke, queere Sichtbarkeit und persönlichen Austausch stärken können. Die in München entstandene Gruppe "Munich Be'er Sheva Queer" zeigt, dass aus solchen Begegnungen dauerhafte Verbindungen wachsen können.

Im späteren Pink-Channel-Interview hob der mitreisende Helmut Metzner hervor, dass im Umfeld Be'er Shevas auch arabischsprachige Angebote benötigt werden, um queere Menschen in der großen beduinischen Bevölkerung der Region zu erreichen. Damit wurde deutlich, dass Zugang nicht nur eine Frage räumlicher Entfernung ist, sondern auch von Sprache, kulturellem Umfeld und familiären Strukturen abhängt. Hinzu kommt eine Dimension, die im Austausch mit der Münchner Partnerstadtperspektive besonders sichtbar wurde: Wer die eigene Identität dauerhaft verstecken muss, zahlt oft einen Preis in Form von psychischer Belastung, geringerer Teilhabe und auch eingeschränkter Entfaltung im Arbeitsleben. Diversity ist deshalb nicht nur ein kulturelles oder symbolisches Anliegen, sondern betrifft Gesundheit, Produktivität und soziale Zugehörigkeit. Der gemeinsame Abend im Café Bialik unterstrich, wie wichtig zugängliche Orte sind, an denen Gemeinschaft nicht nur organisiert, sondern alltäglich gelebt wird. Tel Aviv wiederum vermittelte mit seinem LGBTQ+ Center, der Klinik am Ichilov Hospital und der Pride ein selbstbewusstes Bild von Sichtbarkeit. Die Parade war nicht bloß Fest, sondern öffentliche Aussage: Minderheiten gehören in die Mitte der Gesellschaft.

2. Medizinische Teilhabe: LGBTQ+-Medizin am Ichilov Hospital

Besonders bemerkenswert war der Besuch der LGBTQ+-Medizin am Tel Aviv Sourasky Medical Center, das meist als Ichilov Hospital bezeichnet wird. Die Bedeutung dieses Angebots liegt nicht darin, für queere Menschen eine grundsätzlich andere Medizin zu schaffen. Vielmehr geht es darum, allgemeine medizinische Qualität dort sicherzustellen, wo Diskriminierungserfahrungen, fehlendes Fachwissen oder unpassende Standardannahmen den Zugang zur Versorgung erschweren. Das Krankenhaus verweist darauf, dass LGBTQ+-Menschen medizinische Leistungen und insbesondere Vorsorgeangebote seltener nutzen und teilweise erst in akuten Situationen Hilfe suchen. Eine sensible Behandlung ist deshalb keine Komfortleistung, sondern kann frühere Diagnosen, bessere Prävention und mehr Patientensicherheit ermöglichen.

Dr. Roy Zucker, der die LGBTQ+-Medizin am Ichilov Hospital leitet, erläuterte der Delegation, wie dieser Anspruch praktisch umgesetzt wird. Die Klinik verbindet niedrigschwellige Beratung und Prävention mit einer fachübergreifenden Versorgung. Dazu gehören unter anderem HPV-Beratung, Tests auf sexuell übertragbare Infektionen und die gezielte Vermittlung an unterschiedliche Fachrichtungen - von Dermatologie und Urologie bis zur proktologischen Versorgung. Patientinnen und Patienten müssen sich deshalb nicht selbst durch ein unübersichtliches System suchen oder bei jeder neuen Anlaufstelle erneut erklären.

Besondere Bedeutung hat dieses Modell für Menschen, die medizinische Angebote aus Sorge vor Ablehnung, Stigmatisierung oder einem unfreiwilligen Outing meiden. Das kann auch Personen aus religiösen oder konservativen Familien betreffen, die ihren Hausarzt nicht unbelastet aufsuchen können. Ein vertraulicher und queersensibler Zugang senkt hier nicht nur soziale Hürden, sondern verbessert konkret die Chancen auf rechtzeitige Vorsorge, Diagnose und Behandlung. Die Klinik zeigt damit, dass Gleichberechtigung im Gesundheitswesen auch eine Frage der Zugänglichkeit und des Vertrauens ist.



Die Delegation nach dem Besuch der LGBTQ+-Medizin am Ichilov Hospital in Tel Aviv am 11. Juni 2026. Foto: privat.

Ichilov bezeichnet sich als erstes israelisches Krankenhaus, das LGBTQ+-Medizin als eigenen fachlichen Schwerpunkt etabliert und dafür eine medizinische Leitung eingesetzt hat. Nach eigenen Angaben versorgt das Haus mehr als 1.500 transgeschlechtliche Patientinnen und Patienten sowie über 2.000 Menschen mit HIV. Der Schwerpunkt ist dabei nicht auf Infektionsmedizin oder Transitionsbehandlungen begrenzt. Er verbindet unter anderem Innere Medizin, Endokrinologie, psychologische und sozialarbeiterische Begleitung, geschlechtsangleichende Versorgung,

Fertilitätserhalt, Brust- und Gesichtschirurgie, Dermatologie und Sexualmedizin. Als weitere Entwicklungsfelder nennt das Krankenhaus queersensible Altersmedizin, Jugendmedizin, Suchtmedizin, Familienbegleitung, Prävention, Forschung und die Fortbildung medizinischer Teams.

Ein besonders anschauliches Modell ist das Ogen Center für Gesundheit und Wohlergehen der LGBTQ+-Community, eine Kooperation des Krankenhauses mit der Stadt Tel Aviv-Jaffa. Es bringt ärztliche Fachversorgung, Sozialarbeit, Beratung zu Rechten und gesundheitsbezogene Bildung in einen wohnortnahen, gemeinschaftlichen Rahmen. Angeboten werden beispielsweise Dermatologie und Behandlung sexuell übertragbarer Erkrankungen, Urologie und Sexualmedizin, Brustmedizin, proktologische Versorgung, geschlechtsangleichende Behandlungen sowie psychosoziale Begleitung. Hinzu kommen spezialisierte Angebote für transgeschlechtliche Kinder und Jugendliche und eine geriatrische Sprechstunde für LGBTQ+-Menschen ab 65 Jahren.

Gerade diese Spannweite macht die gesellschaftliche Bedeutung sichtbar. Queere Gesundheit wird nicht auf HIV, Sexualität oder Transition reduziert, sondern über die gesamte Lebensspanne betrachtet: von Jugend und Familiengründung bis zu Alter, Einsamkeit, Pflege und Mehrfacherkrankungen. Medizinische Anerkennung zeigt sich hier sehr konkret - in vertraulicher Kommunikation, passender Vorsorge, kompetenter Anamnese und dem Wissen, dass Menschen im Behandlungszimmer ihre Identität nicht verstecken müssen. Das Zentrum ist damit ein praktisches Beispiel dafür, wie formale Gleichberechtigung in tatsächliche Teilhabe übersetzt werden kann.

3. Zivilgesellschaft als Infrastruktur der Freiheit

Das Besuchsprogramm machte deutlich, dass gesellschaftliche Offenheit nicht allein aus liberalen Einstellungen entsteht. Sie braucht dauerhafte Institutionen. Beim Treffen im Tel Aviv LGBTQ+ Center kamen mit Adam vom kommunalen Zentrum, der Aktivistin Anat Nir und Amri Zaguri von der Aguda unterschiedliche Ebenen dieser Arbeit zusammen: städtische Infrastruktur, persönlicher Aktivismus und landesweite Interessenvertretung. Das Center ist nicht nur Veranstaltungsort, sondern ein sichtbares Haus der Community. Die Aguda verbindet politischen Einsatz mit konkreten Hilfen wie Beratung, psychosozialen Angeboten, juristischer Unterstützung, einer Meldestelle für queerfeindliche Gewalt und der Begleitung lokaler Communities.



Die Delegation bei der Führung durch das moderne Tel Aviv LGBTQ+ Center am 11. Juni 2026. Foto: privat.

Diese Strukturen relativieren zugleich eine zu glatte Erfolgserzählung. Die Organisationen berichten selbst weiterhin von Diskriminierung, queerfeindlicher Gewalt und Lücken bei Sicherheit und Gleichberechtigung. Gerade darin zeigt sich die demokratische Qualität ihrer Arbeit: Probleme können benannt, dokumentiert und öffentlich gegenüber Politik und Verwaltung vertreten werden. Ein positives Bild Israels besteht deshalb nicht in der Behauptung, Gleichstellung sei abgeschlossen, sondern in der Beobachtung, dass eine handlungsfähige Zivilgesellschaft um sie ringt.

Die Führung zur LGBTQ+-Geschichte Tel Avivs am Tag nach der Pride ergänzte diesen Eindruck um eine historische Perspektive. Heutige Sichtbarkeit ist nicht von selbst entstanden. Sie beruht auf jahrzehntelanger Selbstorganisation, Beratung, Kulturarbeit, juristischen Auseinandersetzungen und dem Mut früherer Aktivistinnen und Aktivisten. Die Pride wird dadurch als sichtbare Spitze einer viel breiteren gesellschaftlichen Infrastruktur verständlich.



Die Delegationsgruppe bei der Führung zur LGBTQ+-Geschichte und Community Tel Avivs am 13. Juni 2026. Der Rundgang verband heutige Sichtbarkeit mit den Orten und Erfahrungen früherer queerer Selbstorganisation. Foto: privat.

4. Gelebte Freiheit in einer widersprüchlichen Gesellschaft

Die Reise machte ein freies Lebensgefühl erfahrbar, das sich nicht auf Nachtleben oder Pride-Symbole reduzieren lässt. Freiheit zeigte sich in der Offenheit der Gespräche, in der professionellen Community-Arbeit und darin, dass Menschen sehr unterschiedliche Zugehörigkeiten gleichzeitig leben können. Gerade die persönlichen Begegnungen machten sichtbar, dass Identität in Israel selten eindimensional erzählt werden kann. Religion, Herkunft, Staatsbürgerschaft, queere Sichtbarkeit, Wehrdienst, Aktivismus und Medienarbeit kamen in einzelnen Biografien immer wieder miteinander in Berührung.

Ein erster wichtiger Gesprächsstrang galt dem Verhältnis von Religion und queerer Identität. Jonathan, ein Co-Vorsitzender der religiösen LGBTQ+-Organisation Havruta, beschrieb deren Aufgabe in zwei Richtungen: Sie will einen Ort schaffen, an dem religiöse Menschen queer sein können, und zugleich einen Ort, an dem queere Menschen religiös sein können. Diese Unterscheidung ist wichtig. Es geht einerseits um eine Religion, die LGBTQ+-Menschen einschließt, andererseits um queeren Aktivismus, der religiösen Menschen innerhalb der Community Raum gibt. Identität erscheint hier nicht als Entscheidung zwischen Glauben und sexueller Orientierung, sondern als Recht, beides miteinander zu verbinden.

Jonathan sprach zugleich über die Ambivalenz geschützter Räume. Ein Safe Space müsse gewährleisten, dass das Existenzrecht eines Menschen nicht zur Debatte steht. Dennoch könne dauerhafte Abschottung neue Fremdheit und Polarisierung erzeugen. Schutzräume benötigen Regeln, Aufmerksamkeit und die Bereitschaft anderer, Platz zu machen; manchmal können die Bedürfnisse verschiedener Gruppen sogar miteinander in Spannung geraten. Sein Gedanke führt über die LGBTQ+-Arbeit hinaus: Gesellschaftlicher Zusammenhalt verlangt sowohl geschützte Orte als auch den schwierigen Dialog über ihre Grenzen hinweg.

Am eindrucklichsten war sein abschließender Wunsch. Religiöse queere Identität solle etwas Gewöhnliches werden. Er wolle weder als außergewöhnlich gut idealisiert noch als schlecht oder gefährlich dämonisiert werden, sondern schlicht als Mensch leben dürfen. Dieser Wunsch nach Normalität fasst einen Kern von Vielfalt zusammen: Anerkennung bedeutet nicht, Minderheiten ständig zu Symbolfiguren zu machen, sondern ihnen ein selbstverständliches Leben zu ermöglichen.

Ein weiterer Gesprächsabend führte zur Begegnung mit Julien Bahloul. Als Journalist, früherer Armeesprecher und LGBTQ+-Aktivist verband er persönliche Erfahrung mit politischer Einordnung und machte deutlich, wie eng Sicherheitsrealität, queere Sichtbarkeit und öffentliche Kommunikation in Israel miteinander verschränkt sein können.



Julien Bahloul (links) im Gespräch mit Mitgliedern der Delegation beim gemeinsamen Abendessen in Tel Aviv am 11. Juni 2026. Foto: privat.

Im Gespräch kam auch das 2012 international verbreitete Foto zweier uniformierter israelischer Soldaten zur Sprache, die Hand in Hand durch eine Straße gehen. Julien Bahloul erklärte uns dabei, dass er selbst einer der beiden abgebildeten Soldaten sei. Damit erhielt ein weithin bekanntes Symbol queerer Sichtbarkeit für die Delegation eine persönliche Dimension. Das Bild sollte die Offenheit der israelischen Streitkräfte gegenüber homosexuellen Soldaten vermitteln.



Zwei israelische Soldaten Hand in Hand. Julien Bahloul identifizierte sich im persönlichen Gespräch als einer der Abgebildeten. Foto: Israel Defense Forces, 2012; bereitgestellte Bilddatei.

Die Entstehung und Veröffentlichung des Fotos wurden bereits 2012 kritisch diskutiert. Der Guardian berichtete unter Berufung auf die damalige Berichterstattung, die Abgebildeten seien kein Paar gewesen, nur einer von ihnen sei homosexuell gewesen und beide hätten im Sprecherbüro der Armee gearbeitet. Diese Angaben stehen nicht im Widerspruch zu Bahlouls Selbstauskunft, einer der beiden Männer zu sein. Sie zeigen vielmehr, dass zwischen der Identität der abgebildeten Person, der Beziehung der beiden Männer und der kommunikativen Inszenierung des Motivs unterschieden werden muss. Die reale Sichtbarkeit queerer Soldatinnen und Soldaten und die Nutzung eines solchen Bildes für staatliche Öffentlichkeitsarbeit können gleichzeitig wahr sein.

In einem kurzen Interview während der Delegationsreise formulierte Bahloul seine Position differenzierter, als es die zugespitzte Debatte um ‚Queers for Palestine‘ oft erkennen lässt. Er betonte ausdrücklich, dass queere Menschen für einen palästinensischen Staat und für palästinensische Freiheit eintreten können. Seine Kritik richtete sich dagegen, die Verantwortung der Hamas und anderer bewaffneter, freiheitsfeindlicher Akteure auszublenden und zugleich die schwierige Lage queerer Menschen in palästinensischen Gebieten und arabischen Gesellschaften nicht zu thematisieren. Für die deutsche Diskussion folgt daraus kein Verbot von Solidarität, sondern ein Anspruch an ihre Glaubwürdigkeit: Menschenrechte sollten nicht selektiv gelten.

Bemerkenswert war auch sein persönlicher Wunsch am Ende des Gesprächs. An erster Stelle stand für ihn ein Ende des Krieges. Er hoffte zudem, dass wieder mehr queere Menschen aus Europa nach Israel reisen, Begegnungen suchen und sich selbst ein Bild machen. Zugleich wünschte er sich mehr internationale Aufmerksamkeit und konkrete Unterstützung für LGBTQ+-Menschen in arabischen Ländern - nicht nur dann, wenn ihre Situation als Argument in einer Debatte über Israel verwendet wird. Damit verband er Friedenssehnsucht, Begegnung und universelle Minderheitenrechte.

Am letzten Reisetag führte das Programm schließlich zu Jonathan Khoury, einem libanesischstämmigen christlichen Content Creator und LGBTQ+-Aktivisten, der sich für ein Leben in Israel entschieden hat. Seine Biografie setzte einen passenden Schlusspunkt unter die Begegnungen: Herkunft, Religion, Staatszugehörigkeit und queere Identität müssen keine voneinander abgeschlossenen Kategorien sein. Gerade Menschen mit solchen mehrfachen Zugehörigkeiten widersprechen der Vorstellung zweier vollständig getrennter, in sich einheitlicher Lager und zeigen, wie bedeutsam persönlicher Dialog für gesellschaftliche Verständigung ist.

Auch der Rundgang durch Old Jaffa ergänzte diese Beobachtung um eine leisere, aber wichtige Dimension. In den engen Gassen, kleinen Läden und Künstlerateliers zeigte sich eine Form von Vielfalt, die nicht laut auftritt und gerade deshalb im Gedächtnis bleibt: alte Sandsteinmauern, Treppen, Meerblick, Pflanzen, Karten, Illustrationen und handgemachte Ideen. Die Künstlerszene von Jaffa macht sichtbar, dass Kultur nicht nur in großen Institutionen entsteht. Sie lebt auch dort, wo Menschen ihre

Stadt gestalten, Erinnerungen bewahren und Schönheit in den Alltag tragen. Für das Gesamtbild der Reise war das bedeutsam, weil es Israel nicht nur als politischen Konfliktraum, sondern auch als Raum kreativer Selbstbehauptung und zivilgesellschaftlicher Lebendigkeit erfahrbar machte.

Auch rechtshistorisch lohnt ein differenzierter Vergleich. Gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen wurden in Israel 1988 formal entkriminalisiert; in Deutschland verschwand der Sonderstrafatbestand des § 175 erst 1994 vollständig. Daraus folgt nicht, dass Israel in allen Fragen der Gleichstellung widerspruchsfrei oder vollständig liberal wäre. Religiöses Familienrecht, gesellschaftliche Unterschiede zwischen Regionen und politische Konflikte bleiben. Dennoch ist bemerkenswert, wie stark queeres Leben öffentlich sichtbar ist und welche institutionellen Strukturen für Beratung, Gesundheit und Kultur bestehen.

Gerade hierin liegt eine zentrale Beobachtung: Israel ist eine streitbare Gesellschaft. Religiöse und säkulare Milieus, jüdische und arabische Bürger, liberale und konservative Kräfte ringen sichtbar um die Ausgestaltung des Gemeinwesens. Freiheit bedeutet dort nicht Abwesenheit von Konflikten, sondern die Möglichkeit, Konflikte öffentlich auszutragen, Organisationen zu gründen, Regierungen zu kritisieren und Minderheiteninteressen zu vertreten. Ein positives Bild Israels muss diese innere Vielfalt zeigen, statt das Land mit einer einzelnen Regierung gleichzusetzen.

5. Tel Aviv Pride: Sichtbarkeit als Selbstbehauptung

Einen Höhepunkt der Reise bildete die Tel Aviv Pride am 12. Juni 2026. Für mich war es die erste Pride in Israel. Nach den stillen und emotional belastenden Eindrücken in Yad Vashem und am Nova-Festival-Gelände zeigte sich hier ein anderes, aber ebenso wirkliches Israel: offen, bunt, lebensfroh und voller Energie. Zehntausende Menschen zogen an der Strandpromenade entlang. Das Zelt der Deutschen Botschaft bot nicht nur willkommenen Schatten, sondern wurde zu einem kleinen Ort der Begegnung und machte sichtbar, dass die Unterstützung von Vielfalt auch zur deutsch-israelischen Zusammenarbeit gehört. Die anschließende Führung zur queeren Geschichte Tel Avivs vertiefte diesen Eindruck und verband die aktuelle Sichtbarkeit mit früherer Selbstorganisation.



Unsere Delegationsgruppe bei der Tel Aviv Pride am 12. Juni 2026, verstärkt durch Teilnehmende aus Bayern. Im Hintergrund zieht die Parade zur Strandpromenade. Foto: privat.

Die Pride war weit mehr als eine Parade. Sie stand für Sichtbarkeit, Respekt und das Recht, unterschiedliche Lebensentwürfe öffentlich zu leben. Gerade nach einer kriegsbedingten Pause erhielt diese Rückkehr in den öffentlichen Raum eine besondere Bedeutung. Der gleichzeitig betriebene Sicherheitsaufwand machte den Grundkonflikt der Reise beinahe körperlich erfahrbar: Nach Medienberichten waren mehr als 1.000 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz; Drohnen, Boote, Hubschrauber und Spezialeinheiten sicherten die Veranstaltung. Freiheit und Bedrohung waren nicht nacheinander, sondern am selben Ort präsent.



Tel Aviv Pride 2026 an der Strandpromenade: öffentliche Sichtbarkeit, Lebensfreude und eine große Teilnehmerszahl trotz der angespannten Sicherheitslage. Foto: privat.

Am folgenden Abend berichtete Helmut Metzner, geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und Teilnehmer unserer Delegation, in einem Pink-Channel-Interview direkt vom Strand von Tel Aviv über seine Eindrücke. Er beschrieb die öffentliche Sichtbarkeit als wichtiges Signal der Stadt und verwies zugleich darauf, dass die queere Community die Politik der israelischen Regierung keineswegs in allen Punkten teilt. Gerade diese Verbindung ist bedeutsam: Kritik an der eigenen Regierung und Solidarität mit dem Staat Israel schließen einander nicht aus. Metzner gab den Wunsch seiner Gesprächspartner wieder, die internationale queere Community möge ihre Verbindung zu Israel nicht abbrechen, sondern Menschen und Organisationen vor Ort weiterhin unterstützen.

Seine Beobachtung internationaler und regionaler Begegnungen erweitert das Bild der Pride zusätzlich. Unter den Gästen und Aktivisten waren nicht nur Menschen aus Israel oder Europa, sondern - soweit Reise und persönliche Sicherheit es zuließen - auch Personen aus angrenzenden Gesellschaften. Metzner kündigte im Interview das für den nächsten Morgen geplante Treffen mit Jonathan Khoury an, der aus dem Libanon nach Israel gekommen war. So wurde die Pride auch zu einem Ort grenzüberschreitender Begegnung in einer Region, in der queeres Leben vielerorts nur eingeschränkt oder gefährdet möglich ist.

Gerade der Blick auf viele Nachbar- und Regionalstaaten macht diese Sichtbarkeit auffällig. Internationale Rechtsübersichten zeigen, dass einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen in mehreren Staaten der Region weiterhin strafrechtlich verfolgt oder durch unklare Rechtslagen, polizeiliche Praxis und gesellschaftliche Sanktionen faktisch gefährdet werden können. Daraus folgt keine einfache Überlegenheitsnarration und kein Ausblenden israelischer Widersprüche. Es zeigt aber, dass öffentlich sichtbare Pride, kommunale LGBTQ+-Zentren, spezialisierte Gesundheitsversorgung und

queere Selbstorganisation im Nahen Osten keine Selbstverständlichkeit sind. Wer Israel nur als Bedrohung der Region beschreibt, übersieht diese freiheitliche Wirklichkeit.

Diese Sichtbarkeit darf nicht als Beweis einer vollkommen gleichberechtigten Gesellschaft missverstanden werden. Auch in Israel erfahren queere Menschen Ablehnung und Gewalt, besonders in konservativen oder stark religiös geprägten Milieus. Gerade deshalb ist die Pride bedeutsam. Sie zeigt, dass demokratische Institutionen und soziale Bewegungen Veränderungen ermöglichen und dass bestehende Freiheiten immer wieder öffentlich verteidigt werden müssen. Lebensfreude wird unter diesen Bedingungen zu einer Form friedlicher Selbstbehauptung: Die Gesellschaft lässt sich weder von Terror noch von Angst vorschreiben, wie sie leben, lieben und feiern darf.

6. Freiheit unter permanenter Sicherheitsbelastung

Der Besuch des Nova-Festival-Geländes war der emotionale Gegenpol zur Lebensfreude der Pride. Das Gespräch mit Amit Ganish, einer Überlebenden des 7. Oktober 2023, verwandelte Nachrichtenbilder in eine persönliche Erfahrung von Verlust und Trauma. Sie berichtete, wie sie sich gemeinsam mit einer Freundin neun Stunden lang versteckte, während in unmittelbarer Nähe Menschen ermordet und verschleppt wurden. Heute kehrt sie bewusst an diesen Ort zurück und führt Besuchergruppen über das Gelände, um an ihre getöteten Freunde zu erinnern und ihnen eine Stimme zu geben. Dass sie den Gedenkort zugleich als Ort der Trauer und der Hoffnung versteht, verdichtet eine zentrale Erfahrung der Reise: Erinnerung richtet sich nicht nur rückwärts, sondern kann auch der Entscheidung für das Weiterleben dienen.



Amit berichtet am Nova-Gedenkort vor einer der Tafeln, die den Ermordeten ihre Gesichter und Lebensgeschichten zurückgeben. 10. Juni 2026. Foto: privat.

Der Nova-Gedenkort steht in der Erinnerung vieler Menschen stellvertretend für den 7. Oktober. Er darf den Blick aber nicht verengen. Das Festival war eines von vielen Angriffszielen. Gleichzeitig griffen Hamas und weitere bewaffnete Gruppen Orte entlang der Grenze zum Gazastreifen an: Militärstützpunkte, Städte, kleinere Ortschaften und besonders mehrere Kibbutzim. Namen wie Nir Oz, Be'eri, Kfar Aza und Nahal Oz stehen für Gemeinschaften, in denen Familien, Kinder und ältere Menschen in Häusern, Schutzräumen, Gärten oder auf alltäglichen Wegen überrascht wurden. In einigen dieser Orte dauerte es viele Stunden, bis Hilfe eintraf. Gerade darin liegt die tiefere Erschütterung des 7. Oktober: Es war nicht nur ein Angriff auf ein Festival, sondern ein Angriff auf den Alltag selbst.

Der Angriff der Hamas und weiterer bewaffneter Gruppen richtete sich gezielt gegen Zivilisten; Menschen wurden ermordet, misshandelt und als Geiseln verschleppt. Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ordnete unter anderem vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten, Tötungen und Geiselnahmen als Kriegsverbrechen ein. Wer über die israelische Reaktion spricht, darf diesen Ausgangspunkt nicht ausblenden.

Die Sicherheitslage war auch in unspektakulären Momenten präsent: Kontrollen, Hinweise auf Schutzräume, Gespräche über Wehrdienst und die selbstverständliche Aufmerksamkeit für mögliche Gefahren. Bei der Landung der EL-AL-Maschine in Berlin fiel ein größeres Polizeiaufgebot auf. Ob jede einzelne Maßnahme notwendig war, ließ sich aus der Situation nicht beurteilen. Als Reiseeindruck blieb

jedoch der Kontrast: Was in Deutschland außergewöhnlich wirkt, wird von vielen Israelis als Vorsorge im Alltag verstanden.

Die Aussage, Israel müsse um sein Existenzrecht kämpfen, ist deshalb keine bloße politische Formel. Der Staat wurde als Schutzraum jüdischer Selbstbestimmung gegründet und war seit seiner Entstehung wiederholt Kriegen, Terroranschlägen und Vernichtungsdrohungen ausgesetzt. Auch nach dem 7. Oktober blieb die Bedrohung durch Hamas, Hisbollah, den Iran und weitere bewaffnete Akteure real. Daraus folgt ein Recht auf Schutz und Selbstverteidigung. Es folgt daraus jedoch kein Freibrief: Militärisches Handeln bleibt an das humanitäre Völkerrecht gebunden, und das Leid palästinensischer Zivilisten muss als menschliches Leid anerkannt werden. Gerade diese doppelte Perspektive schützt vor Propaganda. Sie unterscheidet die Verteidigung des Existenzrechts von einer pauschalen Rechtfertigung jeder Regierungsentscheidung.

7. Antisemitismus in Deutschland

Die Reise führte damit zurück zu einer deutschen Frage. Antisemitismus ist hier weder ausschließlich ein historisches Phänomen noch auf ein politisches Lager begrenzt. Er erscheint rechtsextrem, islamistisch, verschwörungsideologisch, in Teilen linker Milieus und in Formen, die sich als vermeintlich reine Israelkritik präsentieren. Im bundesweiten RIAS-Jahresbericht 2024 wurden insgesamt 8.627 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Das waren fast 77 Prozent mehr als 2023 und rechnerisch knapp 24 Vorfälle pro Tag. RIAS weist selbst darauf hin, dass diese Erfassung nicht repräsentativ ist und ein Dunkelfeld bleibt. Dennoch zeigen die Zahlen, wie sehr Antisemitismus den Alltag jüdischer Menschen beeinträchtigt.

Entscheidend ist dabei nicht nur die statistische Größenordnung, sondern die Frage, ob jüdische Menschen in Deutschland sichtbar frei leben können. Wenn ein Davidstern, eine Kippa, hebräische Sprache oder der Besuch jüdischer Einrichtungen aus Sorge vor Anfeindungen verborgen werden, geht es nicht mehr allein um Sicherheitsgefühl. Dann wird bürgerliche Freiheit praktisch eingeschränkt. Antisemitismus trifft deshalb nicht nur einzelne Betroffene, sondern den demokratischen Anspruch, religiöse und kulturelle Identität öffentlich und selbstverständlich leben zu können.

Besonders alarmierend ist, dass Konflikte im Nahen Osten auf Jüdinnen und Juden in Deutschland übertragen werden. Menschen werden für Handlungen eines fremden Staates verantwortlich gemacht, israelische oder jüdische Einrichtungen benötigen Polizeischutz, und Symbole jüdischer Identität werden aus Sorge vor Anfeindungen verborgen. Damit wird aus einer außenpolitischen Debatte eine unmittelbare Einschränkung bürgerlicher Freiheit in Deutschland. Wer von Israel ständig moralische Rechtfertigung verlangt, jüdische Menschen aber mit den Handlungen der israelischen Regierung identifiziert, bedient ein klassisches antisemitisches Muster kollektiver Zuschreibung.

Aus deutscher Geschichte erwächst deshalb eine besondere Verantwortung. Sie besteht nicht darin, jede israelische Politik gutzuheißen. Sie besteht darin, jüdisches Leben zu schützen, Antisemitismus konsequent zu widersprechen und Israels Recht auf sichere Existenz nicht zur Verhandlungsmasse tagespolitischer Empörung zu machen. Erinnerungskultur verliert ihren Sinn, wenn sie bei historischen Gedenkortern endet und jüdische Gegenwart alleinlässt.

8. Kritik, Delegitimierung und die Pflicht zur Differenzierung

Eine demokratische Debatte muss Kritik an Israel ermöglichen. Entscheidungen der Regierung, Siedlungspolitik, militärische Operationen, der Schutz von Zivilisten und die Perspektive auf einen politischen Ausgleich dürfen und müssen geprüft werden. Antisemitisch wird Kritik nicht durch ihre Schärfe, sondern dort, wo sie Jüdinnen und Juden kollektiv verantwortlich macht, antisemitische Bilder verwendet, Israel mit Maßstäben beurteilt, die keinem anderen Staat auferlegt werden, oder dem jüdischen Staat grundsätzlich das Existenzrecht abspricht.

Diese Unterscheidung ist nach dem 7. Oktober schwieriger und zugleich notwendiger geworden. Einseitigkeit kann in beide Richtungen entstehen: Wer palästinensisches Leid leugnet, verliert moralische Glaubwürdigkeit. Wer den Terror gegen Israelis relativiert oder als unvermeidliche Form von Widerstand verkürt, tut dasselbe. Der Satz aus den Reisebegegnungen, menschliches Leid kenne keine Nationalität, ist deshalb keine Ausweichformel. Er ist die Grundlage dafür, Opfer wahrzunehmen, ohne Täter und Verantwortung zu verwischen.

9. Ein positives Bild ohne Verklärung

Das positive Bild, das von dieser Reise bleibt, ist kein Bild eines problemlosen Landes. Es ist das Bild einer Gesellschaft, die trotz Trauer, innerer Konflikte und äußerer Gefahren Räume der Freiheit schafft. Menschen organisieren Beratung, Gesundheitsversorgung, Kultur und politische Sichtbarkeit. Sie streiten über Religion und Säkularität, über Sicherheit und Frieden, über Identität und Zugehörigkeit. Gerade die Gleichzeitigkeit von Verletzlichkeit und Stärke macht Israel verständlicher.

Die Tel Aviv Pride stand dafür sinnbildlich. Lebensfreude war hier keine Verdrängung der Bedrohungslage, sondern eine Form gesellschaftlicher Selbstbehauptung. Wer tanzt, demonstriert, liebt, diskutiert und Community-Strukturen aufbaut, erklärt, dass Terror und Angst nicht das letzte Wort behalten. Diese Erfahrung widerspricht dem in Teilen der deutschen Debatte verbreiteten Bild eines Landes, das vor allem als Bedrohung seiner Umgebung erscheint. Israel verfügt über militärische Macht und trägt Verantwortung für deren Einsatz. Zugleich ist es ein Staat, dessen Bevölkerung seit Jahrzehnten mit Angriffen und der Infragestellung ihrer nationalen Existenz konfrontiert ist.

Für mich als Mitarbeiter der Hochschule Albstadt-Sigmaringen ergeben sich daraus wichtige Impulse für die akademische Arbeit. Internationalisierung bedeutet nicht allein den Austausch von Wissen, sondern auch den Austausch von Perspektiven, Erfahrungen und Verwundbarkeiten. Eine Hochschule ist nicht nur ein Ort fachlicher Qualifikation, sondern auch ein Raum, in dem demokratische Gesprächsfähigkeit, Empathie und Ambiguitätstoleranz eingeübt werden können. Gerade Formate wie die Mental Health Coffee Breaks zeigen, wie wichtig niedrigschwellige Dialogräume sind, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen miteinander ins Gespräch kommen können. Die Reise nach Israel macht deutlich, dass solche Räume nicht neben der Internationalisierung stehen, sondern zu ihrem Kern gehören: Wer international arbeitet, muss auch lernen, Konflikte, Identitäten und historische Erfahrungen differenziert wahrzunehmen.

Als Bilanz bleiben keine einfachen Antworten, aber mehrere Orientierungspunkte. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit; sie braucht Institutionen, Zivilgesellschaft und persönliche Verantwortung. Menschlichkeit ist ebenfalls eine Entscheidung, die täglich neu getroffen wird - gegen Entmenschlichung, Hass und die Versuchung, ganze Bevölkerungen für die Taten von Terroristen verantwortlich zu machen. Vielfalt braucht konkrete Räume: Community-Zentren, medizinische Angebote, Beratungsstellen, Bildungsarbeit und Orte der Begegnung. Persönliche Gespräche verändern Perspektiven, weil sie Menschen sichtbar machen, wo Schlagzeilen oft nur Konfliktlinien zeigen. Kritik und Solidarität schließen sich dabei nicht aus: Politische Entscheidungen dürfen hinterfragt werden, ohne Israels Existenzrecht oder die Sicherheit seiner Bevölkerung zu relativieren. Geschichte verpflichtet zur Verantwortung in der Gegenwart, Hochschulen können Räume gesellschaftlicher Resilienz sein, und Lebensfreude kann unter Bedrohung zu einer stillen Form des Widerstands werden.

Schluss

Die wichtigste Erkenntnis der Reise lautet: Nähe schafft keine einfachen Antworten, aber bessere Fragen. Israel lässt sich weder idealisieren noch auf Krieg reduzieren. Ein gerechtes Urteil muss die Freiheit und Vielfalt seiner Gesellschaft, die Traumata des 7. Oktober, die historische Bedeutung jüdischer Selbstbestimmung und die Verantwortung gegenüber palästinensischem Leben zugleich sehen.

Dazu gehört auch, die eigene Erschütterung nicht zu verdrängen. Mitgefühl, Trauer und Fassungslosigkeit sind keine Schwäche, sondern Ausdruck von Menschlichkeit. Zugleich darf niemand im Dauerstrom grausamer Bilder verharren müssen. Unser Gehirn ist nicht dafür gemacht, ununterbrochen Leid aufzunehmen; bewusste Pausen sind kein Wegsehen, sondern können Voraussetzung dafür sein, handlungsfähig und urteilsfähig zu bleiben. Ebenso wichtig ist die Unterscheidung zwischen Terroristen

und ganzen Bevölkerungen. Wer diese Grenze aufgibt, übernimmt die Logik der Polarisierung. Geschichte sollte Verantwortung lehren, nicht Verzweiflung erzeugen.

Ein positives Bild Israels ist gerade dann überzeugend, wenn es nicht beschönigt. Es zeigt einen demokratischen, vielfältigen und lebensbejahenden Staat, dessen Existenzrecht selbstverständlich sein sollte und dessen konkrete Politik kritisierbar bleibt. Für Deutschland folgt daraus eine doppelte Aufgabe: Antisemitismus in der eigenen Gesellschaft entschlossen zu bekämpfen und in der Debatte über Israel jene Differenzierung zu bewahren, ohne die weder historische Verantwortung noch gegenwärtige Menschlichkeit möglich sind.

Quellen und weiterführende Hinweise

Stand der Quellenzusammenstellung: 22. Juni 2026. Die Reisebeobachtungen beruhen auf dem bereitgestellten Reisebericht, dem offiziellen Besuchsprogramm, Audioaufnahmen, Bildmaterial und den ergänzend genannten Pressequellen.

1. Persönlicher Reisebericht: Bericht.docx, unveröffentlicht, Juni 2026.
2. Embassy of Israel: Berlin LGBTQ+ Community Delegation - itinerary, 9.-14. Juni 2026, unveröffentlicht.
3. Bundesverband RIAS: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. Jahresbericht, Berlin 2025. https://www.report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf
4. United Nations, Independent International Commission of Inquiry: More than a human can bear. Report zu den Angriffen vom 7. Oktober 2023, A/HRC/56/CRP.3, 2024. <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiopt/a-hrc-56-crp-3.pdf>
5. Knesset: The Declaration of the Establishment of the State of Israel, 14. Mai 1948. https://www.knesset.gov.il/docs/eng/megilat_eng.htm
6. Deutscher Bundestag: Rehabilitierung der nach § 175 StGB verurteilten Männer, 2017; mit historischem Überblick zur endgültigen Aufhebung 1994. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw25-de-rehabilitierung-510868>
7. Nico Nölken und Fredrik von Erichsen, Teilnehmer derselben Delegationsreise: Trotz Krieg: Israel feiert Pride in Tel Aviv - Massiver Polizeischutz, BILD, 12. Juni 2026. <https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/israel-wir-lassen-uns-die-lgbt-parade-nicht-vom-krieg-vermiesen-bild-reporter-vor-ort-6a2ba44d6bb5c7fe2e1c2d65>
8. Harriet Sherwood: Israeli military accused of staging gay pride photo, The Guardian, 13. Juni 2012. <https://www.theguardian.com/world/2012/jun/13/israeli-military-gay-pride-photo>
9. Nico Nölken und Fredrik von Erichsen, Teilnehmer derselben Delegationsreise: Amit (26) erlebt den Hamas-Horror jeden Tag neu, BILD, 15. Juni 2026. <https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/israel-amit-26-erlebt-den-horror-durch-amas-jeden-tag-neu-ganz-bewusst-6a29a0dd5f783159b22afe18>
10. Audiointerview und persönliches Gespräch mit Julien Bahloul für Pink Channel Hamburg, aufgenommen während der Delegationsreise am 11. Juni 2026, persönliche Primärquelle. Die Identifizierung als einer der auf dem Soldatenfoto Abgebildeten beruht auf seiner Selbstauskunft im Gespräch.
11. Audiointerview mit Jonathan, Co-Vorsitzender der religiösen LGBTQ+-Organisation Havruta, für Pink Channel Hamburg, aufgenommen während der Delegationsreise am 12. Juni 2026, persönliche Primärquelle. Nicht zu verwechseln mit Jonathan Khoury, dem Gesprächspartner vom 14. Juni 2026.
12. Tel Aviv Sourasky Medical Center (Ichilov): LGBTQ Medicine - dedicated medical field and overview of services, abgerufen am 15. Juni 2026. <https://www.tasmc.org.il/unit-index-page/lgbt-medicine/>
13. Tel Aviv Sourasky Medical Center und Stadt Tel Aviv-Jaffa: Ogen Center for the Health and Wellbeing of the LGBTQ Community, abgerufen am 15. Juni 2026. <https://www.tasmc.org.il/unit-index-page/ogen/>
14. The Aguda - Association for LGBTQ Equality in Israel: Selbstdarstellung und Unterstützungsangebote, abgerufen am 15. Juni 2026. <https://www.lgbt.org.il/>
15. Tel Aviv LGBTQ Center: Offizielle Website des kommunalen Community Centers, abgerufen am 15. Juni 2026. <https://www.lgbtqcenter.org.il/>
16. Pink Channel Hamburg: Eindrücke vom CSD Tel Aviv - Interview mit Helmut Metzner, geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und Teilnehmer der Delegationsreise, ausgestrahlt am 13. Juni 2026. <https://www.pinkchannel.net/pink-channel-magazin-13-06-2026/>

17. Bereitgestellte Social-Media-Beiträge von Philipp Pohlmann und queerbild/BILD zur Delegationsreise, Pride, Be'er Sheva, SELAH, Shanie Ora-Dotan und der Gruppe "Munich Be'er Sheva Queer", Screenshot-Auszüge vom 16. Juni 2026.
18. Bereitgestellte Teilnehmerliste zur Delegationsreise, Teilnehmer.docx, unveröffentlicht, Stand 19. Juni 2026.
19. Bereitgestellter Instagram-Beitrag/Screenshot zu Old Jaffa, Künstlerladen und persönlichen Reisebeobachtungen, unveröffentlicht, 20. Juni 2026.
20. Human Dignity Trust: Map of Countries that Criminalise LGBT People, Rechtsübersicht zur Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen, abgerufen am 21. Juni 2026. <https://www.humandignitytrust.org/lgbt-the-law/map-of-criminalisation/>
21. Bereitgestellter Social-Media-Screenshot zur Frage jüdischer Sichtbarkeit und antisemitischer Kriminalität in Deutschland, unveröffentlicht, 21. Juni 2026.
22. Bereitgestellte Ergänzungsnotiz des Autors zum 7. Oktober 2023 als Angriff auf Festival, Kibbutzim, Grenzorte und Alltag, unveröffentlicht, 22. Juni 2026.
23. Bereitgestellte Reflexionsnotiz des Autors zu Mitgefühl, Medienbildern, Differenzierung und historischer Verantwortung, unveröffentlicht, 22. Juni 2026.
24. Bereitgestellte Lessons-Learned-Notiz des Autors zu Freiheit, Menschlichkeit, Vielfalt, Begegnung, Solidarität, Verantwortung, Hochschule und Lebensfreude, unveröffentlicht, 22. Juni 2026.
25. Museum of Tolerance Jerusalem: Offizielle Selbstdarstellung, Vision, Ausstellungen und Bildungsanspruch, abgerufen am 22. Juni 2026. <https://motj.org.il/>